



**LEA**  
Landeselternausschuss  
Kindertagesbetreuung

## **VEREINBARUNG**

### **ZUR KINDERTAGESBETREUUNG IN HAMBURG**

zwischen

**dem Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung Hamburg (LEA),**

und

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Hamburg,**

Im vergangenen Jahr hat sich der schwarz-grüne Senat zu drastischen Einschnitten im Hamburger Kitagutscheinsystem entschieden. Daraus resultierten viele Proteste und breite Diskussionen sowie eine Volksinitiative Hamburger Eltern.

Die Stärkung der frühkindlichen Bildung ist für die SPD ohne Alternative und deshalb eines ihrer zentralen Vorhaben.

Deshalb haben Vertreter des Landeselternausschusses Kindertagesbetreuung (LEA) Hamburg mit Vertretern der Hamburger SPD über die Verbesserung der Bedingungen für eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Hamburger Kindern in den Kitas intensiv beraten.

Beide Seiten sind sich einig in dem Ziel, die Qualität der Kindertagesbetreuung für die Zukunft verbessern und Kitaplätze bezahlbar machen zu wollen.

Landeselternausschuss und SPD sind sich einig, dass dazu die folgenden konkreten Maßnahmen unerlässlich sind:

## Bezahlbare Kitas

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Bezahlbare Kitas sind wesentlicher Bestandteil einer familienfreundlichen Stadt Hamburg. Folgende Maßnahmen müssen daher als **Sofortpaket** umgesetzt werden:

- Die Rücknahme der allgemeinen Erhöhung der Elternbeiträge von bis zu 100 Euro monatlich pro Kind,
- die Rücknahme der extremen Gebührenerhöhung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder,
- die Abschaffung des Essengeldes,
- die Beendigung des Ausschlusses der so genannten „Kann-Kinder“ vom beitragsfreien letzten Kita-Jahr und
- die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr.

Im Anschluss muss das fünfstündige Grundangebot an Kindertagesbetreuung in Hamburg Schritt für Schritt innerhalb der 20. Legislaturperiode kostenlos gestellt werden. Dies darf aber nicht auf Kosten der Qualität der Arbeit in den Kitas passieren. Auch darf die Finanzierung dieses Angebots nicht durch Verteuerung der Ganztagsplätze (Elternbeiträge für die Betreuung über fünf Stunden hinaus) erfolgen.

## Frühe Förderung und Sprachentwicklung

Jedes Kind hat einen Anspruch auf frühkindliche Bildung. Zur Verbesserung der Bildungsteilhabe und zur Verbesserung der Sprachförderung muss deshalb der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bereits zum August 2012 eingeführt werden.

Sprachförderbedarf muss künftig ein festes Kriterium sein, das zu einem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz führt. Die vorschulische Sprachstandserhebung muss so gestaltet werden, dass alle Kinder rechtzeitig erreicht werden.

## Bessere Förderbedingungen

Gruppengrößen und Erzieher-Kind-Relation sind entscheidende Faktoren für eine frühe Bildung und Förderung. Dies hat besondere Bedeutung in Kitas mit einer Sozialstruktur entsprechend der für die schulische Versorgung ermittelten Sozialindizes KESS 1 oder KESS 2. Deshalb müssen als Einstieg in Qualitätsverbesserungen in der 20. Legislaturperiode die Förderbedingungen in den Kitas verbessert werden, die eine entsprechende Sozialstruktur aufweisen.

In Anlehnung an die Absenkung der Klassenfrequenzen in den Grundschulen muss in dieser Legislaturperiode zügig das „Kita-KESS“ aufgelegt werden.

Kitas mit entsprechender Sozialstruktur müssen einen Aufschlag von 24% auf die Erzieherwochenstunden des pädagogischen Personals im Elementarbereich erhalten. Dies bedeutet eine Gruppenstärke im Elementarbereich mit rechnerisch maximal 19 statt 25 Kindern - bei gleich bleibender Fachkraftstärke.

Am 20. Februar 2011 wird in Hamburg die neue Bürgerschaft gewählt.

Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarungen erklärt die Hamburger SPD: Wir nehmen den Elternwillen ernst und sichern zu, dass wir unter der Voraussetzung, dass eine neue Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung gebildet wird, die oben genannten Maßnahmen umsetzen.

Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung erklärt der Landeselternausschuss: Im Fall der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD und der Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen durch den neuen Senat sehen wir die Forderungen der Volksinitiative „Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht“ als erfüllt an.

Der Landeselternausschuss (LEA) wird bei Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen für die Dauer der nächsten Legislaturperiode keine weitergehenden grundlegenden Veränderungen für den Krippen- und Elementarbereich der Hamburger Kitas mit den Mitteln der direkten Demokratie fordern, insbesondere nicht hinsichtlich der Gruppengrößen, der Erzieher-Kind-Relation und der Elternbeiträge.

Der LEA und die SPD haben diese Vereinbarung in vertrauensvollen, partnerschaftlichen Verhandlungen erarbeitet. Beide Seiten vereinbaren, auch in Zukunft auf Augenhöhe miteinander über die Verbesserung der Bildung, Betreuung und Erziehung von Hamburger Kindern in den Kitas zu beraten.

Hamburg, den 24. Januar 2011

für den LEA:

für die SPD:

---

---

---

---

---

---

---

---